

Hintergründe und Notwendigkeit einer Siegelrechte- und Verweserwahl*1 zur Wiederherstellung staatlicher Ordnung

Verfassungsnotstand: Am 17.07.1990 kam es im Rahmen der Verhandlungen über die Wiedervereinigung der beiden Wirtschaftsgebiete BRD & DDR zu geheimen Gesprächen zwischen den Außenministern der beteiligten Länder. Entgegen der Pressemitteilungen wurde am 03.10.1990 der im RuStAG definierte und nie geteilte Staat vom 27.10.1918 nicht wiedervereinigt. In Wahrheit wurden nur die beiden Wirtschaftsgebiete auf Grundlage des Gesetzes über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vereinigt und die Neuen Bundesländer erst am 14.10.1990 gegründet. Gleichzeitig wurden die Staatsfragmente BRD und DDR gelöscht und zur Täuschung im Handelsrecht neu erzeugt*4. Die Löschung der beiden Staatsfragmente spiegelte sich nur in der Veröffentlichung der Löschung von Artikel 23 GG (Beitritt&Geltungsbereich) im Bundesgesetzblatt vom 27.9.1990 wider.

Täuschung im Rechtsverkehr: Die Bundesregierung hat bis heute keine Berechtigung zur Löschung oder Änderung kaiserlicher Gesetze, da das Ausfertigungsdatum aus dem Kaiserreich stammt und die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierte. Bei der Schaffung des bundesdeutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) beging die Bundesregierung also Urkundenfälschung des RuStAG*5.

Fehlender politischer Wille und fehlende Legitimation: Das Kriegsende kann nur der Vertreter des Königs von Preußen erklären. Dies liegt an der Verfügung über die Form der Auflassung vom 18.05.1918. Das Fehlen dieses Vertreters verursacht einen ständigen Kriegszustand seit dem Ersten Weltkrieg. Der ungültig zustande gekommene Versailler Vertrag wurde vom Kaiser nicht unterschrieben und verursacht die heutigen Staatsschulden und die angebliche Kriegsschuld. Der Kaiser hat nie abgedankt und hat das Recht zur Ausfertigung der Gesetze an niemanden übertragen, auch nicht an Hitler. Die von Hitler eingeführte „deutsche Staatsangehörigkeit“ hatte auf das RuStAG*5 keine Auswirkungen und die BRD hat daraus die scheinbare Staatsangehörigkeit „deutsch“ erzeugt, mit welcher die Bundesrepublik über Artikel 116(1) GG ungültige Wahlen veranstaltet.

Da „deutsch“ nicht auf das RuStAG*5 verweist, existiert keine völkerrechtlich anerkannte Staatsangehörigkeit und deshalb könnten Migranten ab 28.10.2017 Besitzansprüche auf die Gebiete in den Grenzen vom 27.10.1918 erheben und danach alle Bewohner enteignen und durch UN-Truppen ausschaffen lassen. Die Ungeheuerlichkeit eines heimlichen Austauschprogrammes der Bevölkerung auf Grundlage des Hooton-Plans wurde bei der UN bereits beantragt.*6

Die Lösung für gültige Dokumente und Wahlen: Auf dem Heimatboden der 26 Bundesstaaten müssen Deutsche ihre echte Staatsangehörigkeit durch Ableitung nach RuStAG*5 nachweisen und erwerben damit die bürgerlichen Rechte nach dem Allgemeinen Landrecht (ALR). In jedem kaiserlichen Bundesstaat muß mindestens eine Wahlkommission existieren, welche auch die Rechte zur Benutzung der Bundesstaatsensiegel durch ein direktes Referendum*2 erwirbt. Mit Hilfe des erworbenen Siegelrechtes können diese Wahlkommissionen den Deutschen Heimatscheine zu Wahlzwecken ausstellen und die Staatsangehörigkeit nach RuStAG*5 siegeln. Der Verwaltungsakt einer endgültigen Einbürgerung nach §9 RuStAG*5 erfordert im Falle des Verlustes der Bundesstaatenangehörigkeit durch Vertreibung, Aussiedlung und Täuschung im Rechtsverkehr mit nichtstaatlichen Symbolen (Weimarer Reichsadler, „Gelber Schein“) im Anschluß eine Verweserwahl*1, um die Handlungsfähigkeit aller 26 Bundesstaaten zwecks Zustimmung bei Streifällen wieder herzustellen und die auslaufenden Bodenrechte um weitere 99 Jahre zu verlängern.

Wahlverfahren und Wahlberechtigung

Die Wahlkommission*3 gewährleistet Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Wahlverfahrens. Sie stellt insbesondere fest, wer aufgrund seiner erbrachten Nachweise wahlberechtigt ist, erstellt bei erfolgreicher Prüfung der Nachweise Heimatscheine zu Wahlzwecken (mit Siegel Notstandsrecht 1913/1914) und trägt die Wähler in ein Wählerverzeichnis ein. Jeder Indigenat-besitzende Inland-Deutsche*8, welcher seine Abstammung gemäß RuStAG bis vor 1913 nachweist*7, erhält einen Heimatschein, wodurch ihm die Rechtsstellung als Staatsangehöriger eines Bundesstaats und damit als Deutscher gesichert wird.

Für die Wahlberechtigung erforderliche Nachweise	Referendum Siegelrechte	Verweserwahl
prüffähiges Lichtbilddokument (Reisepass, Personalausweis oder Führerschein)	ja	ja
Abstammung*7 gemäß RuStAG*5	nein	ja
Meldestatus 17. auf 18.07.1990*4 (z. Bsp. kostenfreie Betroffenenauskunft von der Gemeinde oder andere Glaubhaftmachung)	ja (nur wenn Abstammung mangels Dokumente nicht nachgewiesen wird)	nein
vollendetes Lebensjahr am Wahltag	18	26*9

Bitte beachten Sie: Die Nachweise sind bis zu den jeweiligen Fristen gegenüber der Wahlkommission Sachsen (siehe angegebene Kontaktdaten) zu erbringen. Ohne entsprechende Nachweise ist keine Teilnahme an der Wahl möglich!*10

Ablauf und Termine

22.09.2017	a) letztmöglichster Termin zur Einreichung von Nachweisen für die Teilnahme am Referendum*2 über die Siegelrechte b) letztmöglichster Termin, Nachweise zur Berechtigung der Teilnahme an der Verweserwahl*1 zu erbringen c) letztmöglichster Termin, einen Wahlvorschlag für das Amt des Verwesers*1 abzugeben (Aushang am Wahlort) (Einspruchsfrist gegen Wählerverzeichnis & Wahlvorschläge: 29.09.2017)
15.10.2017 (8-18 Uhr)	Referendum*2 über die Siegelrechte Verweserwahl*1
22.10.2017	falls notwendig, Wiederholungstermin des Referendums und der Verweserwahl und ggf. Stichwahl

Erklärungen:

*1 Der **Verweser** übernimmt stellvertretend die amtlichen Aufgaben bis ein anderer Amtsinhaber eingesetzt wird.
*2 Ein **Referendum** dient der Ermittlung des Volkswillens. Alle Macht geht vom Volk aus.
*3 Die Rechtsgrundlagen für Handlungen der **Wahlkommission** bildet staatlich deutsches Recht, insbesondere die jeweilige Bundesstaatenverfassung, RuStAG 22.07.1913, Notstandsrecht 1913/1914 und EGBGB (Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch).
*4 Mit der Löschung der Staatsfragmente hätten DDR und BRD ab 18.07.1990 darüber einen Volksentscheid im Sinne Artikel 29 GG durchführen müssen, welche Verfassung gilt und ob der Bund seine Weisungsrechte auf Mitteldeutschland hätte ausdehnen dürfen.
*5 **RuStAG:** Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der gültigen Ausführung 22.07.1913
*6 Unter www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm kann über den geplanten **Bevölkerungsaustausch** (replacement migration) nachgelesen werden.
*7 Die **Abstammung** wird durch Geburtsurkunden, Heiratsurkunden oder auch Geburtsregisterauszug oder Familienstammbuch nachgewiesen. Bei ehelichen Kindern wird die Geburtsurkunde des Vaters sowie die Heiratsurkunde der Eltern benötigt, für uneheliche Kinder hingegen die Geburtsurkunde der Mutter. Gleiches gilt entsprechend für die früheren Generationen (Großeltern, Urgroßeltern).
*8 **Indigenat:** durch Geburt erworbene Zugehörigkeit; umgangssprachlich: Ureinwohner
*9 Nur Männer dürfen wählen.
*10 Nicht Wahlberechtigte dürfen zwecks Statistik an der Meinungsumfrage teilnehmen.

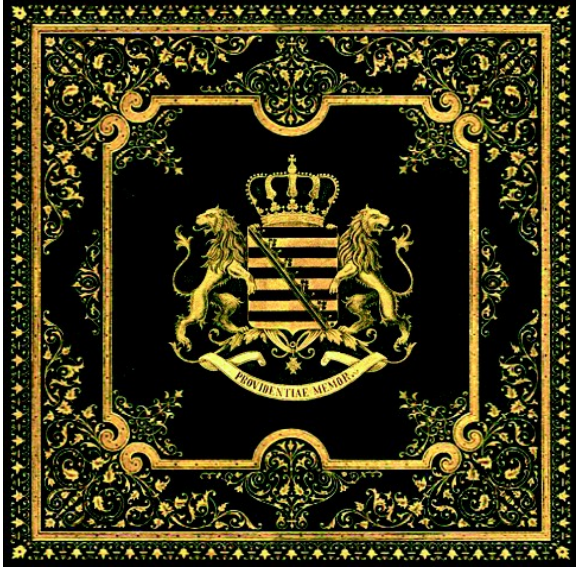
Copyright: Einiges Deutschland Regionalverband Süd, Landesverband Sachsen, Kaiserrundfunk - Wahlfälschung ist strafbar StGB §107a

Wahlbenachrichtigung zur staatlichen Siegelrechte- und Verweserwahl*1

- Referendum*2 über die Siegelrechte
- Hintergründe und Notwendigkeit
- Wahlverfahren und Wahlberechtigte
- Ablauf und Termine

Siegelrechte

Durch Referendum*2 soll die Wahlkommission Sachsen für die Bewohner in den Wahlkreisen der einzelnen Gemeinden in den staatlichen Grenzen vom 27.10.1918 die **Berechtigung zur Nutzung der ursprünglichen gültigen staatlichen Siegel der Gemeinden und der jeweils zuständigen Kreishauptmannschaften erhalten**. Damit kann diese Wahlkommission Amtshilfe für jeden gebürtigen Sachsen leisten und die **Verweserwahl*1 für das Königreich Sachsen durchführen**.



Sächsische Verfassungsurkunde vom 4. September 1831

Ihre Wahlkommission*3 Sachsen

Einiges Deutschland – Landesverband Sachsen
Web: www.einiges-deutschland.com/siegelrechte-und-verweserwahl
E-Mail: wk-sachsen@einiges-deutschland.com
Poststelle: Kleesbergstraße 5, 09579 Grünhainichen
Telefon: 0174 / 89 52 271 (Sprechzeiten täglich 10 - 19 Uhr)
Fax: 0321 2113 4874

Staatliche Siegel der höheren Verwaltungsbehörden im Königreich Sachsen

Die im Notstandsrecht handelnde Wahlkommission kann zunächst nur Siegel mit dem Zusatz „Notstandsrecht 1913 / 1914“ verwenden. Erst nach dem Referendum über die Siegelrechte dürfen die dann gültigen staatlichen Siegel der höheren Verwaltungsbehörden in den fünf sächsischen Kreishauptmannschaften verwendet werden.

Beispiele für Verwendung der Siegel im Notstandsrecht 1913 / 1914



Siegel der Kreishauptmannschaften Dresden, Leipzig und Zwickau



Siegel der Kreishauptmannschaften Bautzen und Chemnitz



Wahl der Gemeindesiegel und örtliche Wahllokale

Am Tag des Referendums über die Siegelrechte werden zusätzlich zu den Siegeln der höheren Verwaltungsbehörden die Siegel der jeweiligen Gemeinden gewählt, welche mit Rechtsstand 27.10.1918 gültig waren. Die zur Wahl stehenden Gemeindesiegel werden im jeweiligen Wahllokal ausgehangen.

Informationen zu den örtlichen Wahllokalen erhalten Sie über die angegebenen Kontaktdaten der Wahlkommission Sachsen.

Wußten Sie bereits ...

...daß der Einigungsvertrag wegen einer erfolgreichen Verfassungs-klage der Grünen 1991 gelöscht worden ist?

...daß die BRD und DDR in der Nacht vom 17.07.1990 zum 18.07.1990 auf Betreiben von Kohl und Genscher gelöscht wurden und die neuen Bundesländer am 03.10.1990 nicht der BRD beigetreten sein konnten, weil diese Länder erst am 14.10.1990 gegründet wurden?

...daß der Fakt der Löschung von BRD und DDR von den Vertretern der DDR der Volkskammer gegenüber verschwiegen wurde und die neu erzeugte, handelsrechtliche BRD und DDR erst ab **18.07.1990, 0:00 Uhr** bestanden und folglich diese Firmen keine Staatsschulden und kein Staatsvermögen haben konnten, welche der Treuhand hätte übertragen werden können? Was nicht da ist, kann nicht übertragen werden.

...daß die neue BRD und DDR als Nichtregierungsorganisationen lediglich zur Vortäuschung einer Wiedervereinigung aus einer insolventen EDV-Firma erzeugt wurden, die später zur Bundesrepublik Deutschland umbenannt wurde, um die Löschung gegenüber den Investoren in Bundesanleihen zu verschleiern, obwohl diese Löschung über Artikel 23 GG a.F. im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, um die Alliierten zumindest teilweise aus der Mithaftung zu entlassen?

...daß die angebliche „deutsche Staatsangehörigkeit“ nach Grundgesetz Artikel 116 (1) niemand besitzen kann, weil die Fortführung der Ver-ordnung aus dem Nationalsozialismus vom 05.02.1934 §1 als Grundlage der „deutschen Staatsangehörigkeit“ von Adolf Hitler stammt und der BRD die Anwendung und Fortführung dieser Verordnungen durch das **Tillessen-Urteil** des französischen Militärtribunals wegen unwiederbringlicher Aufhebung rechtswirksam seit 1947 bereits verboten wurde? **Dieses Urteil bindet alle Gerichte und Behörden der BRD bis heute.** Fragen Sie immer nach dem Ausfertigungsdatum von Verordnungen und Gesetzen, um sich Klarheit zu verschaffen.

...daß Artikel 116 GG zwar eine anderweitige Regelung für die Staatsangehörigkeit zulässt, aber diese Regelung nirgends im Grund-gesetz oder Wahlgesetz klar definiert und überprüfbar nieder-geschrieben ist und folglich die Anzahl der Wahlberechtigten nach den Wahlgesetzen der BRD nicht exakt bestimmbar ist, denn die Vereinigungsmenge aus einer klar definierten Menge mit einer unklar definierten Menge ergibt eine unklar definierte Menge und damit eine ungültige Wahl wegen Unbestimmbarkeit der Wahlberechtigten?

...daß jede Gebietsreform und jeder Beitritt eine Volksabstimmung nach Artikel 29 (8) Grundgesetz erfordert, weil alle Macht vom Volk ausgeht und eine Zwangseingemeindung grundgesetzwidrig wäre und die Mehr-heit der demokratischen Volksabstimmung auch mit Zwang nicht legal erbracht werden kann?

Ihre Wahlkommission*3 Sachsen

Einiges Deutschland – Landesverband Sachsen

Web: www.einiges-deutschland.com/siegelrechte-und-verweserwahl

E-Mail: wk-sachsen@einiges-deutschland.com

Poststelle: Kleesbergstraße 5, 09579 Grünhainichen

Telefon: 0174 / 89 52 271 (Sprechzeiten täglich 10 - 19 Uhr)

Fax: 0321 2113 4874

Copyright: Einiges Deutschland Regionalverband Süd, Landesverband Sachsen, Kaiserrundfunk - Wahlfälschung ist strafbar StGB §107a

Rechtskreise		Varusschlacht	Mittelalter Christianisierung	Dt. Kaiserreich ohne Weltkrieg	Weimarer Republik	Nationalsozialismus ohne Weltkrieg	BRD alt	DDR	EU / Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	nach Verweserwahl
Zeitleiste		9 n. Chr.	ab ca. 772 bis vor 1851	1871 bis 27.10.1918	28.10.1918 bis 23.02.1933	teilw. BRD bis heute (ohne Mittel- und Ostdeutschland)	Bis 17.07.1990 und ab 18.07.1990 lieh die BRD die UN-Rechte der DDR mit Maulkorbvertrag	bis heute ohne Rechtsnachfolge des Nationalsozialismus, aber ab 18.07.1990 Maulkorbvertrag für stille Anwaltsdiktatur	bis heute	spätestens ab 28.10.2017
Gesetz & Recht	Staatsform	Gemeinschaft deutscher Völker	Kleinstaaterei, Kirchenwillkür	Bundesstaaten mit Staatenbund	Oligarchenwillkür, Parteiendiktatur	Oligarchenwillkür, NS-Parteidiktatur	Oligarchenwillkür, Allparteiendiktatur	Blockparteidiktatur, Anwaltsdiktatur (RT)	Oligarchenwillkür, Allparteiidiktatur	neue Gemeinschaft deutscher Völker
	Staatsangehörigkeit	Reich der Sax	Leibeigenschaft und paar Freie	Bundesstaaten- angehörigkeit	Kolonie, Sklaverei	Bundesstaaten- angehörigkeit, zusätzl. Reichsbürger	Bundesstaaten-angehörigkeit bis 1974, danach „Personal“	Bundesstaaten- angehörigkeit + DDR-Bürger	EU-Sklaverei mit Meinungsmanipulation	Bundesstaaten- angehörigkeit
	Rechtsordnung	Altgermanisches Recht, Stammesrecht	Kanonisches Recht, Allgemeines Landrecht (ALR), Goldene Bulle, Kirchenrecht, Vertrag v. Kalisch	Staatl. Deutsches Recht (SDR), Bundesstaaten- verfassungen, ALR, BGB, ZPO, Goldene Bulle, Vertrag v. Kalisch	Handelsrecht / Seekriegsrecht, BGB, Chaos	NS-Recht, politisch überlagerter Rechtstaat nach Freisler's Art	Grundgesetz alter Fassung, NS-Gesetze, politisch überlagerter Rechtstaat	Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Ordre Public, Politisch überlagerter Rechtstaat	Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Ordre Public, NS-Gesetze, Willkür	Staatl. Deutsches Recht (SDR), Bundesstaaten- verfassungen, Allgemeines Landrecht (ALR), neues BGB, neues RuStAG, Stammesrecht
Wirtschaft	Geldsystem	Hartgeld	Hartgeld	Hartgeld	Schuldgeld privat	Hartgeld	D-Mark Währung	DDR-Mark Währung	Schuldgeld anonym	Hartgeld
	Inflationsschutz	unnötig	unnötig	unnötig	kein Schutz	unnötig	teilweise	unnötig	kein Schutz	unnötig
	Staatsschulden	nicht vorhanden	erheblich	nicht vorhanden	Chaos	eingefroren	kritisch (1990)	gering	kritisch	nicht vorhanden
	Kriegsschulden	nicht vorhanden	erheblich	nicht vorhanden	Chaos	Chaos	kritisch	kritisch	kritisch	nicht vorhanden
	Verteidigung Wehrersatzdienst	Frieden, sonst aus der Familie entsandt	Rekrutierung durch Not	Wehrpflicht Deutsches Heer	Chaos	bis 1939 Frieden, dann Wehrpflicht zur Wehrmacht	Wehrpflicht zur Bundeswehr, Wehrersatzdienst	Wehrpflicht zur Volksarmee oder Wehrersatzdienst	ständiger Krieg, Söldnerheer und soziales Jahr	Frieden, sonst Wehrpflicht und Wehrersatzdienst im Deutschen Heer
	Katastrophenschutz	improvisiert	improvisiert, Feuerwehr	Feuerwehr, Rettungswesen	Chaos	Feuerwehr, Rettungswesen	Feuerwehr, Rettungswesen	Feuerwehr, Rettungswesen	absteigend	vollumfänglich
	Umweltschutz	vollumfänglich	vollumfänglich	erste Probleme	katastrophal	aufstrebend	durchschnittlich	katastrophal	katastrophal	vollumfänglich
Soziales	Technologieniveau	Weltspitze	rückschrittlich	Weltspitze	rückschrittlich	Weltspitze	Platz 3	Platz 10 auf Verschleiß	absteigend	Weltspitze
	Gesamteinkommen + Subvention <small>1080€/Unze (Stand: 30.7.2017)</small>	3 Unzen (= 3.240 €)	0.5 Unzen (= 540 €)	4 Unzen bis 1914 (= 4.320 €)	0,7 Unzen (= 756 €)	2 Unzen (= 2.160 €)	2,5 Unzen (= 2.700 €)	0,7 Unzen (= 756 €)	1 Unze (= 1.080 €)	4 Unzen und mehr (= 4.320 €)
	Wohlstand	vollumfänglich	durchschnittlich	vollumfänglich	Hunger & Not	aufstrebend	Wohlstand ohne Lebensqualität	durchschnittlich	Verarmung	vollumfänglich
	soziale Absicherung	vollumfänglich	nicht vorhanden	Sozialgesetzbuch	Chaos	Sozialgesetzbuch	Sozialgesetzbuch	vollumfänglich	kritisch	vollumfänglich
	Arbeitslosigkeit	nicht vorhanden	nicht vorhanden	unwesentlich	Chaos	unwesentlich	kritisch	nicht vorhanden	kritisch	nicht vorhanden
	Renteneintritt	nicht vorhanden	nicht vorhanden	50	60	60	60	w60 / m65	67	60, ab 50 Teilzeit
	Rentenniveau	3 Unzen	0.5 Unzen	4 Unzen bis 1914	0,5 Unzen	1,6 Unzen	2 Unzen	0,4 Unzen	0,65 Unzen	4 Unzen und mehr
Gesellschaft	Wohnungsangebot	vollumfänglich	teils / teils	vollumfänglich	katastrophal	aufstrebend	teils kritisch	teils kritisch	teils kritisch	vollumfänglich
	Mobilität	Pferde für alle, Schiffe	Pferde für alle, Schiffe	Pferde, Luftschiiff, Bahn, Autos	Chaos	Autos, LKW, Motorräder, Bahn	Bahn, Autos, LKW, Motorräder	einige Autos, LKW, Schüttgut und Container mit Bahn	Bahn, Autos, LKW	Pferde, LKW, Leichtflieger, Autos, Bahn
	Freizeitgestaltung	unbeschwert	unbeschwert	unbeschwert	Chaos	unbeschwert, Kraft durch Freude (KDF)	unbeschwert	unbeschwert	kaum möglich	unbeschwert
	Informationsfluß	Aushänge	Aushänge	Freier Rundfunk	systemgesteuert	systemgesteuert	systemgesteuert	systemgesteuert	systemgesteuert	vollumfänglich
	Meinungsfreiheit	vollumfänglich	nicht vorhanden	wenige Einschränkungen	nicht vorhanden	nicht vorhanden	wenige Einschränkungen	viele Einschränkungen	viele Einschränkungen	vollumfänglich
	Bildungsstand	vollumfänglich	systemgesteuert	vollumfänglich	Chaos	systemgesteuert	systemgesteuert	systemgesteuert	systemgesteuert	vollumfänglich
	Gesundheitspflege	vollumfänglich	katastrophal	vollumfänglich	katastrophal	aufstrebend	durchschnittlich	vollumfänglich	durchschnittlich	vollumfänglich
	Versorgung	vollumfänglich	mangelhaft	vollumfänglich	Hungersnot	aufstrebend	vollumfänglich	mangelhaft	vollumfänglich	vollumfänglich
	Lebensmittelqualität	vollumfänglich	vollumfänglich	vollumfänglich	Chaos	aufstrebend	absteigend	teils / teils	kritisch	vollumfänglich
	Familienlandsitze	für alle möglich	für alle möglich	für alle möglich	Chaos	für alle möglich	absteigend	absteigend	absteigend	für alle möglich
	Motivation Zusammenleben	Volksgemeinschaft, gute Nachbarschaft, Familienstamm	Egoismus, Familien- zusammenhalt	Volksgemeinschaft, gute Nachbarschaft, Familienstamm	Egoismus, Mobbing Familien- zusammenhalt	Deutsch-nationale Gruppendynamik mit Ausgrenzung und Zwang	Egoismus, Familien- zusammenhalt	Arbeitskollektiv, Familien- zusammenhalt	Mobbing, Egoismus, Einzelhaushalte	Volksgemeinschaft, gute Nachbarschaft Familienstamm